V5 Das Herz der Demokratie schlägt in den Kommunen

Antragssteller*in: AG Finanzmärkte und Steuern

Vorschlagstext

Das Herz der Demokratie schlägt in den Kommunen – sie brauchen mehr Autonomie und eine starke Eigenfinanzierung

Deshalb fordert Attac:

- Kommunen brauchen mehr Aufgaben, Ressourcen und mehr Autonomie Um die Kommunen zu stärken, muss die Aufgabenverteilung zwischen den Kommunen, Regionen, Staaten und der internationalen Ebene neu reguliert werden. Die Gestaltung und Finanzierung des Sozialstaats, der Arbeitsverwaltung und der örtlichen Investitionen kann vor Ort am besten gemanagt werden, wenn die Kommunen die nötigen Befugnisse und einen ausreichenden finanziellen Spielraum dafür haben. Es sollte keine Mischfinanzierungen mehr geben, damit die Bürger*innen wissen, welche Ebene für welche Aufgaben zuständig ist.
- Kommunen brauchen mehr Demokratie Die Bürgerbeteiligung in Form von Versammlungen, Beiräten und gelosten Bürgerräten soll verbindlich geregelt und ausgebaut werden. Die Privatisierung von kommunalen Aufgaben (Kern- und Extrahaushalte) soll grundsätzlich hinterfragt werden. Die direkte Demokratie in Form von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden soll ohne Themenbeschränkung und unnötige Hindernisse gefördert werden.
- Kommunen brauchen eine ausreichende und gerechte Finanzierung Die Grundfinanzierung der Kommunen soll durch die Einkommenssteuer mit kommunalen Hebesätzen erfolgen, damit die Bürger*innen selbst über die Qualität ihrer kommunalen Einrichtungen entscheiden können. Langfristige Zielsetzung soll eine Verteilung der Staatsausgaben nach dem Schlüssel 50 Prozent für die Kommunen, 20 Prozent für die Länder, 20 Prozent für den Bund und 10 Prozent für die EU und die internationale Ebene (UN, WTO, Entwicklungshilfe usw.) sein. Um das Auseinanderdriften von reichen und armen Kommunen umzukehren, muss ein Finanzausgleich gewährleisten, dass alle Kommunen ihren Bürger*innen die gleichen Lebensbedingungen bieten können. Dazu sollen strukturell benachteiligte Kommunen finanziell so gut gestellt werden, dass sie mittelfristig die Nachteile kompensieren können.

Begründung

Die Defizite der Kommunen haben 2024 einen historischen Höhestand erreicht. Das ist aber nur die Zuspitzung einer langen Entwicklung. Die Kommunen in Deutschland sind chronisch unterfinanziert und auf Zuschüsse und Fördermittel des Bundes, der Länder und der EU angewiesen. Diese Mittel sind meist an Regeln gebunden, die die Handlungsfähigkeit der Kommunen stark einschränken. Während z. B. in unseren Nachbarstaaten Dänemark und der Schweiz über die Hälfte der Staatsausgaben von den Kommunen getätigt wird, ist es in Deutschland nur ein Sechstel. Dort haben die Kommunen mehr Aufgaben und Entscheidungskompetenzen und ausreichende eigene Finanzmittel, über die sie weitgehend selbst verfügen können.

Die Kommunen sind das Herz der Demokratie. Sie sind die Orte, wo das gemeinsame Leben der Menschen organisiert wird. Dort ist Demokratie und Solidarität für alle erfahrbar und Entscheidungen beurteilbar. Dort ist auch trotz aller politischen Verwerfungen das Vertrauen in Politik und Verwaltung am größten. Die Kommunen sind auch der wichtigste öffentliche direkte und indirekte Investor – in

Krankenhäuser und Pflegeheime, Schulen, Sportstätten und Kitas, Straßen und ÖPNV, Energie- und Wasserversorgung und nicht zuletzt im sozialen Wohnungsbau und den öffentlichen Parks und Anlagen.

In den Kommunen wird auch die sozialökologische Transformation konkret gestaltet. Um auch finanziell schwächeren Kommunen die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen, muss anhand von objektiven Kennzahlen (Bevölkerungsgröße, Bevölkerungsdichte, Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit, Durchschnittseinkommen, Anzahl der Kinder, Anzahl der Alten, sonstige Sonderfaktoren, geografische Lage wie Bergland, Insel und überörtliche Funktionen usw.) der konkrete Bedarf ermittelt werden. Dieser soll auch den zu erwartenden Bedarf für die sozialökologische Transformation enthalten. Die Differenz zwischen dem Bedarf und der autonomen Finanzkraft der Kommunen bei Durchschnittshebesätzen ist durch einen Finanzausgleich aus den Steuereinnahmen zu decken.